

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badener Tagblatt. 1896-1948 1947**

9 (1.2.1947)



# BADENER TAGBLATT



Erscheint mittwochs und samstags - Bezugspreis: Monatlich 120 RM durch die Post 144 RM durch Streifenband 2 RM  
Geschäftsstelle Buhl/Bd.: Hauptstraße 80. Telefon 752

Anschrift: Baden-Baden Stefanienstraße 3 - Fernruf  
Verlag 15 56 Schriftleitung 21 26 Postcheck Karlsruhe 14 137  
Geschäftsstelle in Achern/Bd.: Hauptstraße 112

NR. 9 / 3. JAHRGANG      BADEN-BADEN, SAMSTAG, DEN 1. FEBRUAR 1947      PREIS 15 PFENNIG

Auf der Londoner Konferenz der stellvertretenden Außenminister:

## Die Stimmen zum Deutschland-Problem

Polen und Tschechoslowakei wollen plötzlich den deutschen Einheitsstaat

LONDON — Der Konferenz der stellvertretenden Außenminister wurden in den letzten Tagen die verschiedenen Memoranden zur deutschen Frage überreicht. Die französischen Vorschläge (deren Hauptinhalt im nebenstehenden Leitartikel wiedergegeben) fanden die Zustimmung Jugoslawiens. Außer diesen beiden Ländern haben noch Holland, Polen, Tschechoslowakei, Griechenland, Italien und Norwegen ihre Auffassungen bekanntgegeben.

### Holland will Dezentralisation

Der holländische Delegierte vertritt den Standpunkt, daß eine Dezentralisierung im politischen Aufbau Deutschlands erforderlich sei. Holland ist der Meinung, daß ein Staatenbund die gesonderte staatsrechtliche Form für Deutschland wäre und daß es in der Kontrollorganisation für das Ruhrgebiet und das Rheinland vertreten zu sein wünsche für den Fall, daß die Großmächte diese Gebiete unter internationale Kontrolle stellen würden. Holland tritt ferner für einen Wiederaufbau der Friedensindustrie Deutschlands ein und verlangt, daß die Produktion der deutschen Stahlindustrie und der chemischen Werke nicht unter das Sicherheitsniveau herabgesetzt werden dürfe. Auch müsse die deutsche Industrie in Zusammenhang mit der europäischen und der Weltwirtschaft gebracht werden. Zusammenfassend erklärte der holländische Vertreter, daß die Wiedergenesung Deutschlands zu der Wiedergenesung Europas beitragen müsse und

daß das deutsche Volk wissen solle, daß dieser Genesungsprozeß und die spätere Prosperität seines Landes nur möglich sein könnten, wenn der politische und wirtschaftliche Aggressionsgeist endgültig aufgegeben werde.

### ... und Jugoslawien

Die jugoslawische Abordnung verlannte in ihrem Memorandum die Fortsetzung der alliierten Besatzung und Kontrolle für eine lange Zeit als den Schlüssel zur Lösung des Problems eines Nachkriegsdeutschlands. Das jugoslawische Memorandum weist darauf hin, daß es die Aufgabe der Alliierten sein müsse, eine allgemeine politische und wirtschaftliche Kontrolle zu errichten und das deutsche Volk schrittweise für eine verantwortliche Selbstregierung von unten nach oben zu gewinnen. Das Memorandum befürwortet die Liquidierung Preußens und unterstützt die polnischen Gebietsforderungen.

### Sensationelle Erklärungen

Geradezu sensationell wirkten auf die Versammlung die Ausführungen des polnischen und tschechoslowakischen Memorandums. Sie gipfeln in der Forderung nach einem Einheitsstaat der künftigen Staatsform Deutschlands bilden solle. (Wir haben die nähere Begründung dieser überraschenden Standpunkte gleichfalls im nebenstehenden Leitartikel behandelt.)

Die Überraschung bei den übrigen Teilnehmern der Konferenz war so groß, daß der französische Delegierte Couve de Murville den polnischen Delegierten fragte, welche Gründe seine Forderung habe, so zu denken, obwohl doch Deutschland niemals einen solchen Grad von Nationalismus und Revisionismus erreicht habe wie unter dem zentralistischen Regime, insonderheit dem Hitlerregime.

Der französische Delegierte wies auch auf die Gefahr hin, die der deutsche Imperialismus in einem geeinten Deutschland darstellen könne. Trotz dieser naheliegenden Einwände verharrete der polnische Vertreter auf seinem Standpunkt. Interessant und aufschlußreich war seine Antwort auf die Frage des französischen Vertreters, wie denn die Forderung der polnischen Regierung, Preußen zu liquidieren, verstanden werden solle, obwohl doch der preußische Geist auch in Pommern, Schlesien und Ostpreußen noch lebe!

Der polnische Delegierte konnte darauf nur erwidern, daß diese Liquidierung möglich sei, denn die polnische Regierung denke nicht an ein mächtiges geeintes Deutschland. Der tschechoslowakische Vertreter verlangte insbesondere noch die Zerschlagung der Konzerne und Verstaatlichung der in Nazibesitz befindlichen gewerblichen Unternehmungen. Auch müsse die deutsche Abrüstung wirksam kontrolliert werden.

### Griechenland verlangt 500000 t Kohlen

Der griechische Delegierte Agnides sprach sich für die Schaffung eines deutschen Staatenbundes aus. Dieses System würde nach seiner Ansicht Deutschland nur einen gewissen Grad von Zentralisierung zusichern, die sich durch den maßgebenden Einfluß der verschiedenen Staaten des Bundes von selbst regeln würde.

Auf wirtschaftlichem Gebiet liegt es im Interesse Europas, daß die deutsche Industrie nicht zu sehr dezentralisiert wird, und daß Deutschland wieder einen ehrbaren Platz im Weltwirtschaftsleben einnimmt, ohne jedoch so stark zu werden, daß es für die europäischen Länder und insbesondere für die Balkanstaaten, so wie vor dem letzten Kriege, eine Gefahr darstellt.

Griechenland verlangt außerdem eine jährliche Zuteilung von 500 000 Tonnen deutscher Kohle und wünscht, daß die in Italien, Österreich, der Türkei, in Argentinien usw. befindlichen deutschen Vermögenswerte auf Reparationskonto gesetzt werden. Griechenland verlangt auch, daß Deutschland sich verpflichtet, 20 Jahre lang dieselbe Warenmenge wie in der Zeit von 1935 bis 1939 nach Griechenland einzuführen. Deutschland führte vor dem Kriege 22 000 Tonnen ein, während Griechenland 44 300 Tonnen ausfuhrte.

### Italien braucht den deutschen Markt

Italien hat den Generalsekretär der Konferenz der Sonderbeauftragten der Außenminister davon unterrichtet, daß es seine Beteiligung an der Ausarbeitung des Friedensvertrags mit Deutschland an der Seite der anderen Alliierten für erforderlich halte. In dem Memorandum wird erklärt, daß Italien seit Oktober 1943 mit Deutschland im Kriegszustand war, und daß es Opfer gebracht habe, die in dem zwischen den Alliierten und Italien abgeschlossenen Friedensvertrag offiziell anerkannt werden seien.

Das Endziel des in Vorbereitung befindlichen Friedensvertrags mit Deutschland sei die Restauration Europas, und diese Restauration sei ohne die Mitwirkung Italiens unmöglich. Und endlich brauche Italien auch den deutschen Markt, und es

sei infolgedessen ganz normal, wenn es an der Erörterung des Vertragsentwurfs mit Deutschland teilnehme.

Das italienische Memorandum schließt mit der Erklärung, daß seine Mitwirkung bei der Ausarbeitung des Vertrags mit Deutschland in politischer, juristischer und moralischer Hinsicht unbedingt erforderlich sei.

### Norwegens Forderungen:

Der norwegische Botschafter in London hat gleichfalls der Konferenz der Sonderbeauftragten ein Memorandum seiner Regierung vorgelegt. Folgende Punkte dieses Memorandums sind von größter Bedeutung:

Sicherheit: Norwegen hält es für mit am wichtigsten, einen Schutzvertrag gegen einen eventuellen künftigen deutschen Angriff abzuschließen. Dabei wäre es unwesentlich, welche Form dieser Schutzvertrag erhalten würde. Auf jeden Fall ist es nach norwegischer Auffassung unbedingt erforderlich, gewisse Gebiete des politischen und wirtschaftlichen Lebens Deutschlands auch nach Friedensschluß eine bestimmte Zeitlang unter Kontrolle zu belassen, bis die Reparationsverpflichtungen erfüllt sind und das deutsche Volk und die deutschen politischen Institutionen ihre Anschauungen so grundlegend geändert haben, daß

## Auch Oesterreich vor dem Londoner Forum

Die internationale Bedeutung der vollständigen Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit und die Stärke der demokratischen Tradition des österreichischen Volkes waren die beiden Hauptpunkte, die der österreichische Bundeskanzler Dr. Leopold Figl in seiner Rede vor den Sonderbeauftragten für Österreich bei der Londoner Konferenz hervorhob.

Dies sei das erste Mal, seit der Befreiung Europas, erklärte Figl, daß das Haupt der österreichischen Regierung vor einer internationalen Konferenz über die politische und wirtschaftliche Lage in Österreich spreche. Er spreche deshalb den vier Großmächten die Dank des österreichischen Volkes aus, daß sie „vom ersten Tag des großen Befreiungskrieges an, auch für die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Souveränität des österreichischen Volkes kämpften“.

Die Geschichte Österreichs zwischen den beiden Kriegen sei durch wirtschaftliche und politische Krisen gekennzeichnet gewesen. Der größte Teil der Österreicher hätte jedoch den Kampf für die Unabhängigkeit fortgesetzt. Als an den österreichischen Grenzen der Faschismus zur Herrschaft gekommen sei, habe kein wirksames System der kollektiven Sicherheit bestanden. Nachdem das Land mehreren gewaltsamen Versuchen der Durchsetzung mit faschistischen Elementen widerstanden habe, sei es schließlich dem offenen militärischen Angriff Deutschlands erlegen. „Der Nürnberger Prozeß“, fügte Figl hinzu, „hat gezeigt, daß die Behörden des souveränen Österreich durch wohl vorbereitete militärische Maßnahmen beseitigt wurden. Österreich wurde das erste Opfer der Aggression Hitlers“.

### Oesterreich soll von deutscher Vorherrschaft frei sein

Der Unterstaatssekretär im britischen Kriegsministerium, Lord Pakenham, erklärte vor dem englischen Oberhaus, daß die jugoslawischen Gebietsansprüche an Österreich jeder Grundlage entbehren und das Papier nicht wert seien, auf dem sie schriftlich niedergelegt seien. Er erklärte weiter, daß Großbritannien keine weiteren Amputationen österreichischen Gebiets anerkennen könne. Lord Pakenham, der kürzlich Österreich besucht, schilderte in ihren Umrissen die Politik der britischen Regierung gegenüber Österreich. Österreich müsse als ein vollständig unabhängiger

Staat mit den Grenzen, wie sie 1937 bestanden, wieder erstehen. Das bedeute die Trennung von Deutschland. Österreich müsse von der deutschen Vorherrschaft völlig frei sein. Ferner wolle dies auch besagen, daß Österreich auf die Wiedergewinnung Südtirols von Seiten Italiens verzichte. Das Land müsse wirtschaftlich lebensfähig gemacht und in eine Lage versetzt werden, die es ihm ermöglicht, wirtschaftlich wieder auf eigene Beine zu kommen.

Das Memorandum bringt weiter zum Ausdruck, daß auch eine verhältnismäßig strenge Kontrolle über das Ruhrgebiet, in dem die deutsche Schwerindustrie konzentriert ist, für unbedingt erforderlich gehalten werden.

Dem deutschen Volk soll jedoch eine gewisse Lockerung dieser Einschränkungsmaßnahmen in Aussicht gestellt werden, falls es seine Verpflichtungen loyal erfüllt. Es wäre wünschenswert, daß die Kontrolle Deutschlands nach und nach in den Rahmen des internationalen Sicherheitssystems mit einbezogen wird.

Politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Die politische Einheit Deutschlands soll in Zukunft gewahrt bleiben, denn nichts deutet darauf hin, daß das deutsche Volk eine Zergliederung Deutschlands befürwortet. Es ist vielmehr zu befürchten, daß eine Aufteilung nur ein Anwachsen deutscher nationalistischer Tendenzen zur Folge haben würde, und daß es dann ungleich schwieriger wäre, eine Gesamtlösung für die deutschen Wirtschaftsprobleme zu finden, die an sich wünschenswert ist. Andererseits sollte das deutsche Wirtschaftsleben einer Kollektivkontrolle unterstellt werden.

Dezentralisierung der Gewalten. Aus Gründen der Sicherheit scheint eine weitgehende Dezentralisierung der deutschen Verwaltung und eine örtliche Autonomie auf demokratischer Grundlage unbedingt geboten. Aufgrund der gleichen Erwägungen drängt sich die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Umgestaltung Preußens zwangsläufig auf. Dabei kann eine Änderung des Verwaltungsstatus Preußens allein nicht als ausreichend betrachtet werden. Vielmehr müssen die sozialen Grundlagen selbst reformiert werden. Die Aufteilung des preußischen Großgrundbesitzes, die bereits erfolgt ist, stellt einen Schritt in diesem Sinne dar.

Vollständige Entmilitarisierung. Jede Art militärischer Organisation muß verboten werden, und es ist unbedingt erforderlich, die Einhaltung dieses Verbots durch eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten. Dieses Verbot ist auch noch nach Abschluß der alliierten Besetzung aufrecht zu erhalten, jedoch in den Rahmen des internationalen Sicherheitssystems einzubeziehen.

Demokratische Umziehung: Die geistige Isolierung Deutschlands, die das Hitler-Regime herbeigeführt hat, muß aufhören, und dem deutschen Volk soll die Möglichkeit gegeben werden, mit der demokratischen Welt in Kontakt zu treten, deren kulturelle Strömungen auf das deutsche Volk ihren Einfluß ausüben werden. Außerdem sollen die alliierten Besatzungsbehörden dem deutschen Volk in möglichst weitem Umfang Redefreiheit zugestehen.

Garantie der Wahrung der Menschenrechte: Die deutschen Behörden müssen alle Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, um jede der deutschen Rechtsprechung unterstehenden Person den Genuß der menschlichen Grundrechte zu gewährleisten. An der Bestrafung der Kriegsverbrecher sollen sich die deutschen Behörden aktiv beteiligen.

### Der amerikanische Vorschlag

Der amerikanische Plan für die Organisation der zukünftigen österreichischen Armee sieht in seinen Grundzügen folgendermaßen aus:

Das österreichische Heer wird 55 000 Mann (britischer Vorschlag), bzw. 65 000 Mann (amerikanischer Vorschlag) stark sein. In diese Zahl sind auch die Zoll- und Gendarmenverbände eingeschlossen.

Die Luftwaffe wird 90 Flugzeuge und 5 000 Mann haben. Die Donauflotte wird eine einfache Polizeitruppe sein.

Die Geschütze dürfen keine größere Reichweite als 30 km haben, und es ist Österreich verboten, Atomwaffen, Raketengeschosse, ferngelenkte Geschosse usw. zu besitzen.

Österreich darf zu keinem Zeitpunkt deutsches Kriegsmaterial oder Patente, die die Konstruktion dieses Materials ermöglichen, erwerben.

Österreich hat alle Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, daß es Deutschland als Versuchsfeld für den illegalen Wiederaufbau deutscher Streitkräfte dient. Es ist Österreich vor allem verboten, in seiner Rüstungsindustrie deutsche Staatsangehörige oder Personen, die vor 1938 deutsche Staatsangehörige waren, zu beschäftigen. Österreich darf keine Handelsflugzeuge, deutschen und japanischen Musters, oder Flugzeuge, deren Hauptteile aus einem dieser beiden Länder stammen, erwerben.

Die österreichischen Kriegsgefangenen werden in den 90 Tagen, die auf das Inkrafttreten des Vertrags folgen, in die Heimat entlassen.

Der Plan enthält keine näheren Angaben darüber, ob die Armee eine Truppe von Berufssoldaten sein oder nur eine Miliz darstellen wird. Es ist andererseits aber auch keine Kontrolle vorgesehen.

LEO ZAESCHMAR:

## Zu den Vorschlägen ...

Wer die verschiedenen Memoranden aufmerksam studiert, die der Londoner Vorkonferenz zum Deutschlandproblem vorgelegt worden sind, kann die Schwierigkeiten ermessen, die der Bewältigung dieses Problems anhaften. Bei den Debatten über die Friedensverträge mit den Vasallenstaaten, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres die Weltöffentlichkeit beschäftigten, waren zwar auch Schwierigkeiten zu überwinden, und zuweilen platzten die gegensätzlichen Auffassungen hart aufeinander. Aber die Themen, um die da gestritten wurde, waren in keinem Falle für die Zukunft von entscheidender Bedeutung. Wir erinnern uns beispielsweise, daß die Frage Triest lange Zeit die Gemüter erhitze hatte, trotzdem wird niemand behaupten wollen, daß ihre Lösung in dem einen oder anderen Sinne prinzipiell entscheidend für die Zukunft Europas gewesen wäre. Anders liegen die Dinge jetzt beim deutschen Problem. Hier geht es tatsächlich um die Zukunft Europas. Seine Lösung ist a priori entscheidend für die Frage, ob die Welt einem dauerhaften Frieden entgegengeht und damit dem Wohlstand aller beteiligten Nationen oder ob Unruhe und Unsicherheit die Kennzeichen der künftigen Jahrzehnte sein werden.

Die der Londoner Konferenz eingereichten Memoranden beschäftigen sich sämtlich in ihrem Hauptteil mit der Erörterung über die zukünftige Staatsform unseres Landes. Politische und wirtschaftliche Einheit auf der einen Seite, Föderalismus im weitesten Sinne des Wortes auf der anderen Seite. Wir hatten uns bereits kürzlich hier mit dieser Frage beschäftigt und dem Leser die Vorzüge des Föderalismus für die deutsche Zukunft auch vom deutschen Standpunkt aus klarzumachen versucht. Da jedoch die Memoranden verschiedener Staaten für die wirtschaftliche und politische Einheit plädieren, müssen wir den Gründen für diese Haltung nachzugehen bestrebt sein, um daraus die Schlüsse ziehen zu können, die das deutsche Interesse erheischt.

Das wichtigste Dokument, das der Konferenz vorgelegt sind zweifellos die beiden französischen Vorschläge. Sie suchen in diplomatisch meisterhafter Weise die unstrittig notwendige wirtschaftliche Einheit mit einem politischen Föderalismus zu verbinden, den die französische Diplomatie im Interesse der Sicherheit Europas für erforderlich erachtet. So will der französische Standpunkt die Ressorts für Kultur, Unterricht, Gesundheitswesen und Polizei völlig der Verantwortung der Länder überlassen, während Finanzen, Wirtschaft, Post, Arbeit, Wiederaufbau nur in beschränktem Umfang der Zuständigkeit der Länder vorbehalten bleiben. Grundsätzlich aber sollen im allgemeinen die Länder alle diejenigen Angelegenheiten selbständig zu verwalten haben, die nicht ausdrücklich für die zukünftige, bundesstaatliche Zentralinstanz vorgesehen sind. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß die allgemeine Wirtschaft, und das Finanzwesen auch weiterhin unter alliierter Kontrolle bleiben, während für Ernährung, Landwirtschaft, Post- und Transportwesen die deutsche Zentralinstanz maßgebend bezeichnet wird.

Der französische Plan wünscht, daß eine gewisse wirtschaftliche Zentralisierung mit einer politischen Dezentralisierung in Einklang zu bringen sei, die geeignet ist, Deutschland ein stabileres Gleichgewicht zu geben. Man will die Schaffung großer, massiver Gebilde vermeiden und fordert deshalb, daß jedes Land volle Bewegungsfreiheit haben soll für die Ausarbeitung einer eigenen Verfassung. Dadurch würde Deutschland ein Staatenbund werden, dessen Hauptstadt als selbständiger Bundesbezirk zu konstituieren wäre, um sie jedem Einfluß des einen oder anderen Landes zu entziehen. An der Spitze des Ganzen soll ein Bundespräsident stehen, der die Bundesminister ernannt und den Bund gegenüber dem Ausland vertritt. Als selbstverständlich setzt der französische Entwurf voraus, daß auch die Justizpflege und die interne Verwaltung als alleinige Domäne den Ländern vorbehalten sind, sodaß es nur folgerichtig erscheint, wenn der französische Vorschlag keine Bundespolizei kennt und diese ebenso wie alle die Sicherheit betreffenden Fragen ausschließlich der Zuständigkeit der Länder überlassen bleiben sollen.

In staatsrechtlichen Erörterungen ist häufig die Frage ventiliert worden, welches eigentlich der Unterschied zwischen Staatenbund und Bundesstaat ist. Das von Bismarck geschaffene kaiserliche Deutschland nannte sich bekanntlich Bundesstaat. Wenn wir jedoch die deutsche Reichsverfassung von vor 1918 mit dem französischen Projekt vergleichen, so finden wir sehr viel Parallelen, denn auch in der damaligen Reichsverfassung waren fast die gleichen Ressorts der Zuständigkeit der Länder vorbehalten wie in dem französischen Entwurf. Wenn trotzdem der französische Plan ausdrücklich von einem Staatenbund spricht, so hat dies seinen Grund wohl in dem in ihm enthaltenen Gedanken, daß die auswärtigen Angelegenheiten nicht alleiniges Reservatrecht des Staatenbundes sein dürfen. Er soll vielmehr nur für die Beziehung des Gesamtbundes zum Ausland maßgebend sein. Diese seine Zuständigkeit kann jedoch die einzelnen Länder nicht hindern, diplomatische Beziehungen zu ausländischen Mächten zu pflegen und internationale Angelegenheiten zu erledigen, die nur ihre eigenen Interessen betreffen, wie z. B. Grenz-, kulturelle oder technische Fragen. Hierin liegt ein wesentlicher Unterschied zu der bismarckschen Verfassung. Diese sah zwar auch gewisse Reservatrechte Württembergs und namentlich Bayerns vor, aber die Führung der auswärtigen Angelegenheiten lag grundsätzlich in den Händen der Berliner Zentrale. Dadurch nun, daß die einzelnen Glieder des Bundes auch nach außen hin eine bestimmte Selbständigkeit behalten sollen, präsentieren sie sich im gewissen Sinne als autonome Staaten, deren Autonomie nur insoweit Einbuße erleidet, als sie freiwillig auf gewisse Rechte zugunsten des Bundes verzichten wollen. Beim bismarckschen Reich war es gerade umgekehrt: Hier blieben den einzelnen Bundesstaaten prinzipiell nur soviel Rechte übrig als das Reich ihnen belassen wollte, und wir wissen, daß im Verfolg dieses Standpunktes das Weimarer Reich den einzelnen Ländern nach und nach immer mehr Funktionen abknöpfte, sodaß die

Gliedstaaten allmählich für den Moloch des Hitlerdeutschland reif gemacht wurden.

An dieser Entwicklung sollten wir lernen; sie muß uns ein Warnungszeichen sein und uns gegen die Versuchung gefestigt machen, nicht wieder eines Tages in phantastischer Traumseligkeit in die Arme eines Einheitsreiches zu sinken.

Wir können uns vorstellen, daß die übrigen Konferenzteilnehmer über diese Auffassung und ihre Begründung ebenso überrascht gewesen sind wie wir.

Die Verfechter dieser Auffassung scheinen die alte römisch-rechtliche Erfahrungssatzung vergessenen zu haben, daß der Grundsatz divide et impera noch immer seine Gültigkeit hat.

Satz des Einheitsstaates verfochten hat. Auch die Sowjetunion hatte zunächst dieser Auffassung gehuldigt. Erst später bekehrte sie sich allmählich zum Föderalismus.

Somit hat Rußland diese beiden Länder wohl lediglich als vorgeschobene Posten in dieser Frage benutzt, um in Reservestellung abzuwarten.

### Verteidiger plädieren in Rastatt

Vorerst mehr grundsätzliche Erörterungen

Rechtsanwalt Fuchs erläuterte in ausführlichen, von vielseitigen historischen und literarischen Gesichtspunkten erhaltenen Ausführungen die geistigen und moralischen Hintergründe des KZ-Systems.

Rechtsanwalt Brosamie-Tübingen, der den Angeklagten Nr. 1, Schwarz, zu verteidigen hatte, plädierte für seinen Mandanten, das Gericht möge, falls es zur Auffassung gelange, daß Schwarz in der Zeit, die für den jetzigen Prozeß bedeutsam ist, keine Verbrechen begangen habe.

punkten können wir die Schwierigkeiten ermessen, denen die Regelung der deutschen Frage gegenübersteht.

Es wäre ein Verbrechen an der Zukunft Deutschlands, wenn die verantwortlichen deutschen Politiker hier abseits stehen und sich in die Debatte nicht einschalten würden.

### Um Hindenburgs Testament

Oskar von Hindenburg als Zeuge im Papen-Spruchverfahren

Galt Fritzsche in seinem Ministerium als „liberaler Demokrat“?

## Um Hindenburgs Testament

NÜRNBERG — Nach dem Abschluß der Vernehmung des früheren Stahlhelmführers Franz Seiditz, der sich über das Zustandekommen des Harzburger Treffens und des Hitlerkabinetts äußerte, wurde Oskar von Hindenburg, der Sohn des Reichspräsidenten als Zeuge aufgerufen.

„In seinen letzten Lebensjahren machte sich der Reichspräsident des öfteren Gedanken über die Abfassung eines politischen Testaments“, begann Oskar von Hindenburg.

Wie der Zeuge weiter fortfuhr, glaube er, daß auch Papen bei der Unterschrift des Testaments anwesend gewesen sei. „Nach der Unterschrift“, fuhr von Hindenburg weiter fort, „wurde das Dokument gesiegelt und eigenhändig kuvertiert.“

„Auch dieser Vorschlag wurde von Schulenburg handschriftlich verfaßt und von Hindenburg unterzeichnet. Beide Kuverts seien in einen großen Umschlag gesteckt und im Fanzerschränk oder im Schreibtisch des Reichspräsidenten bis zur Abreise nach Neudeck, am 4. Juli 1934, aufbewahrt worden.“

Als Hindenburg gestorben war... soll sich sein Gut Neudeck unter strengem Abschluß durch SS nach außen befunden haben.

Nachdem Papen diese Frage verneint hatte, zog sich die Kammer zu einer Beratung zurück, dann wandte der Vorsitzende einige Sätze aus dem Testament Hindenburgs, wie es damals die Presse dargestellt hatte.

„Ich danke der Vorsehung, daß sie mich an meinem Lebensabend die Stunde der Wiedererstarkung erleben ließ... mein Kanzler Adolf Hitler hat viel getan.“

Präsident: „Hat Ihr Vater das geschrieben?“ Hindenburg: „Ja, sonst wäre es ja wohl nicht gedruckt.“

Präsident: „Entschuldigen Sie, aber diese Antwort scheint mir doch eine etwas naive Schlussfolgerung zu sein, denn in dieser Zeit wurde gar vieles gedruckt, was mit der Wahrheit nichts zu tun hatte.“

Fritzsche — der optimistische Informator... Fritzsche galt in seinem Ministerium als „liberaler Demokrat“, erklärte der Zeuge Kurt Maier im Verlaufe seiner Vernehmung.

Das zwischenstaatliche Komitee für Flüchtlinge in den 38 nationalen Regierungen vertreten sind, will sie diejenigen schützen, die auf Grund der Ereignisse in Europa seit dem Weltkrieg 1914-18 freiwillig oder gezwungen ihr Heimatland wegen ihrer Rasse, ihrer Religion oder ihrer politischen Überzeugung — soweit diese nicht im Widerspruch steht zu der Charta der Vereinten Nationen — oder weil sie für ihr Leben oder für ihre Freiheit, fürchten mußten, verlassen haben.

## Das Elend der Flüchtlings-Trecks

Die ersten Toten bereits in Breslau

Der am Vorweihnachtsabend in Bückeberg eingetroffene Flüchtlingstransport verzeichnet bisher 66 Tote. Davon starben 35 auf der Fahrt, 19 im Bückeburger und 12 im Hameler Krankenhaus.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

## Das Elend der Flüchtlings-Trecks

Die ersten Toten bereits in Breslau

Ofen für den kein Brennmaterial vorhanden war. Einer der beiden Treckkräfte kam mit erfrorenen Füßen ins Bückeburger Krankenhaus.

Die Durchschnittstemperatur belief sich auf etwa 20 bis 25 Grad Kälte. Die Waggons waren innen und außen mit einer dicken Eiskruste überzogen.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

Die ersten Toten gab es bereits auf dem Breslauer Bahnhof, wo der Transport am 16. Dezember in Marsch gesetzt wurde. Weitere Todesfälle wurden unterwegs festgestellt.

darauf bedacht sein muß, ein möglichst zentralistisch regiertes Deutschland vor sich zu haben. Denn die ganze Struktur seiner Ideologie verlangt gebieterisch nach einer Typisierung in allen Lebensformen.

Wir können uns diesen Überlegungen entnehmen, daß das Schicksal mit unerbittlicher logischer Konsequenz auf deutscher Erde die Frage beantwortet wird, ob der Individualismus die Persönlichkeitkultur, der die Menschheit soviell ewige Werte verdankt, in Zukunft die Welt regieren wird, oder der Kollektivismus, der Massenmenschen ohne individuelles Gesicht, das Schicksal hat uns auferufen in dieser historischen Stunde bei Beantwortung dieser Frage mitzuhelfen.

## Die Schlüßworte der Angeklagten

Die meisten Angeklagten schlossen sich den Ausführungen ihrer Verteidiger an. Schwarz erklärte, daß er seine Tätigkeit in den KZs als Dienst am Vaterland angesehen habe und daß er das Gericht bitte, von der Todesstrafe abzulassen.

Bei der Verteidigung der Angeklagten Kirchstein, Nagorsen und Weber ging der Verteidiger, Dr. Kupper-Rastatt, in längeren Ausführungen auf grundsätzliche juristische Fragen ein.

## Meldungen vom Tage

Neue italienische Regierung gebildet

ROM — Die Zusammensetzung der neuen italienischen Regierung wird nach den Besprechungen, die de Gasperi mit den verschiedenen Parteien hatte, wahrscheinlich folgende sein:

Ministerpräsident und Inneres: Alcide de Gasperi; Außen: Graf Sforza (Unabhängiger); Finanz- und Schatzamt: Campilli Pietro (Christl. Demokrat); Unterrichts: Guido Gonella (Christl. Demokrat); Handelsmarine: Salvatore Alesio (Christl. Demokrat); Post: Mario Scelba (Christl. Demokrat); Landesverteidigung (Krieg, Marine, Luftwaffe): Luigi Gasparotto (Unabhängiger); Justiz: Fausto Gullo (Kommunist); Industrie und Handel: Mauro Scoccimarro (Kommunist); Transport: Giacomo Ferrari (Kommunist); Öffentliche Arbeiten: Giuseppe Romita (Sozialist der proletarischen Einheit); Außenhandel: Rodolfo Morandi (Sozialist); Arbeit: Gaetano Barbaresco (Sozialist).

## Vertrauensvotum für Regierung Ramadfer

PARIS — Die Nationalversammlung hat der Regierung Ramadfer mit 543 gegen 11 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

## SED im sächsischen Landtag überstimmt

DRESDEN — Der sächsische Landtag nahm am Mittwoch einen CDU-Antrag über das Einspruchsrecht von Bestrafen bei Verurteilungen gegen die Wirtschaftspolizei mit 56 gegen 48 Stimmen an.

MÜNCHEN — Bei dem am Dienstag im bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ausgebrochenen Brand sind neben umfangreichem Aktenmaterial allgemeiner Art auch über ein-tausend Personalakten bayerischer Studienräte verbrannt.

KOBLENZ — Die tiefen Temperaturen der letzten Tage haben auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen wieder zu starken Vereisungen geführt. Am Mittelrhein bildete sich an der Loreley Starkes Eis, unterhalb der Esversung treibt nur noch wenig Eis zu Tal, während oberhalb bei Caub und an der Wirbelrey starkes Eisreiben herrscht.

STUTTGART — Die Spruchkammerverhandlung gegen Hjalmar Schacht wird in der zweiten Hälfte des Monats Februar in Stuttgart stattfinden.

Personalakten verbrannt... MÜNCHEN — Bei dem am Dienstag im bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ausgebrochenen Brand sind neben umfangreichem Aktenmaterial allgemeiner Art auch über ein-tausend Personalakten bayerischer Studienräte verbrannt.

Starke Eisbildung auf Rhein und Mosel... KOBLENZ — Die tiefen Temperaturen der letzten Tage haben auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen wieder zu starken Vereisungen geführt.

Verhandlung gegen Schacht im Februar... STUTTGART — Die Spruchkammerverhandlung gegen Hjalmar Schacht wird in der zweiten Hälfte des Monats Februar in Stuttgart stattfinden.

derung nach Obersee ab sofort vorbereitet und 30. Januar wird kann... Für alle diejenigen, die in der Lage sind, einzeln oder in Gruppen auszuwandern, besteht schon jetzt seitens des Komitees die Möglichkeit, diese Auswanderung nach zahlreichen Ländern durchzuführen.

1. Mit den Offizieren der Direktion für verschleppte Personen, 2. mit den Leitern der UNRRA Dienststellen, 3. mit den Vertretern des zwischenstaatlichen Komitees für Flüchtlinge.

Ab 1. Februar 1947 sind für den internationalen Postverkehr Briefe bis zum Höchstgewicht von 300 Gramm zulässig.

Redaktion: L. Zschelbauer — Waisstraße 2. H. F. Gaier. Anzeigenteil: Ann. Gailing — Bühler Geschäftsstelle: Hauptstr. 80. Acherer Geschäftsstelle: Hauptstr. 12.